

Kantonsrat
Parlamentsdienste

Geschäftsprüfungskommission

Antrag

Vom 27. Mai 2020

Nr. SGB 0044b/2020

Geschäftsbericht 2019

Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse am 31. Dezember 2019

Beschlussesentwurf 2

Ziffer 1 soll lauten:

1. Der Bericht des Regierungsrates vom 24. März 2020 über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2019 wird unter Vorbehalt der Ziffern 1.1 bis 1.2 genehmigt.
 - 1.1 Bau- und Justizdepartement
 - 1.1.1 Auftrag vom 14. Mai 2014: Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze (überparteilich): unerledigt.
 - 1.2 Volkswirtschaftsdepartement
 - 1.2.1 Auftrag vom 27. Juni 2017: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen (Fraktion SP): unerledigt.

Für die Geschäftsprüfungskommission
Präsidentin: Aktuarin:
Franziska Rohner Yvonne Hofer

Sprecher/in der Kommission: Franziska Rohner

Der Regierungsrat hat am 9. Juni 2020 dem Antrag teilweise zugestimmt (siehe Rückseite).

Regierungsratsbeschluss

vom 9. Juni 2020

Nr. 2020/837

Geschäftsbericht 2019

Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse 2019 Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag zum Beschlussesentwurf 2 der Geschäftsprüfungskommission vom 27. Mai 2020 zur Kantonsratsvorlage SGB 0044b/2020

1. Ausgangslage

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) unterbreitet mit Datum vom 27. Mai 2020 zum Beschlussesentwurf 2 (Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse am 31. Dezember 2019) zu je einem Auftrag des Bau- und Justizdepartements sowie des Volkswirtschaftsdepartements anderslautende Anträge bezüglich des Bearbeitungsstandes:

Ziffer 1 soll lauten:

1. Der Bericht des Regierungsrates vom 24. März 2020 über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2019 wird unter Vorbehalt der Ziffern 1.1 bis 1.2 genehmigt.
 - 1.1 Bau- und Justizdepartement
 - 1.1.1 Auftrag vom 14. Mai 2014: Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze (überparteilich): unerledigt.
 - 1.2 Volkswirtschaftsdepartement
 - 1.2.1 Auftrag vom 27. Juni 2017: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen (Fraktion SP): unerledigt.

2. Erwägungen

Den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission kann mit Ausnahme des Antrages betreffend Auftrag vom 27. Juni 2017: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen (Fraktion SP) zugestimmt werden. Der Auftrag vom 27. Juni 2017 ist dagegen als erledigt zu betrachten bzw. kann als erledigt abgeschrieben werden. Der Planungshorizont der Post zur Überprüfung des Poststellennetzes dauerte bis 2020. Von den im Oktober 2016 zur Überprüfung bezeichneten Poststellen im Kanton Solothurn wurden in der Zwischenzeit 10 in eine Agentur oder einen Hauservice umgewandelt, 6 werden weitergeführt und 5 sind noch im Transformationsprozess (Gespräche mit Gemeinden). Die Post hat mittlerweile einen gesetzlichen Auftrag, mit den Kantonen Gespräche zur Weiterentwicklung zu führen. Am 14. Mai 2020 stellte die Post die Strategie 2021-2024 „Post von morgen“ vor. Die Anzahl der eigenbetrieblenen Poststellen soll dabei stabilisiert werden.

3. Beschluss

- 3.1 Den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission Ziffer 1.1 bis 1.2 wird mit Ausnahme von Ziffer 1.2.1 zugestimmt.

- 3.2 Am Antrag zum Bearbeitungsstand betreffend Auftrag vom 27. Juni 2017: Massnahmen gegen flächendeckende Poststellenschliessungen (Fraktion SP) als erledigt wird festgehalten.



Andreas Eng
Staatsschreiber